



Corona-Update Medellín/Bogotá
29. April 2020
Wolfgang Chr. Goede

DKF-Interview mit dem Friedensforscher und CAPAZ Direktor Stefan Peters

Der Friedens-Trainer

Stefan Peters ist ein Dithmarscher (SW Schleswig-Holstein) in Bogotá. Der Professor für Friedensforschung an der Justus-Liebig-Universität Gießen leitet seit zwei Jahren das Deutsch-Kolumbianische Friedensinstitut CAPAZ. Es ist malerisch gelegen in Bogotá's kolonialer Altstadt, nur einen Steinwurf entfernt von Präsident Duques Amtvilla, im historischen Claustro (Kreuzgang) San Agustín. Der liegt wie alles in Kolumbien seit fünf Wochen unter streng reglementierter Corona-Quarantäne. Peters arbeitet wie die meisten Kolumbianer derzeit von zu Hause aus dem Home Office, hält virtuelle Vorlesungen und Vorträge an den Universitäten des Landes von seinem PC, hat eine hohe mediale Präsenz, u.a. mit einer Kolumne im Wochenmagazin „Semana“¹. Wöchentlich sendet CAPAZ Newsletter aus mit Informationen, neuen Podcasts über den Friedensprozess, profiliert sich als akademische Drehscheibe humanitärer Forschung zwischen Kolumbien, Deutschland und der Welt². Eigentlich hätte der CAPAZ Direktor seit Tagen in Deutschland zu Besprechungen, Vorträgen, Konferenzen sein sollen. Doch mit der Einstellung des internationalen Flugverkehrs hängt er wie viele andere Deutsche in Kolumbien fest. Für ihn und viele Kolumbianer kein großes Handicap. Das Land hat zu Beginn der Quarantäne mit hohem Tempo von analog auf digital umgeschaltet. Bereits seit Ostern läuft alles inklusive Universitäts-, Forschungs-, Lehrbetrieb elektronisch weiter. DKF-Mitglied Wolfgang Chr. Goede (WG) hat Prof. Dr. Stefan Peters (SP) über die Corona-Krise, ihren Impact auf den Friedensprozess und die Zukunft Kolumbiens befragt.

WG: Moin, moin, Herr Peters. Es ist 13 Uhr. Meine Frau weiß von ihren Studenten. Viele nehmen vom Bett aus und im Pyjama am Unterricht teil. Wo sind Sie gerade?

SP, lacht: Am Tisch sitzend, nicht im Schlafanzug, aber leger gekleidet.

WG: Sie forschen auch über die Frage, was die Corona-Verwerfungen für den globalen Süden, Lateinamerika und speziell Kolumbien bedeuten. In einem Aufsatz vor Ostern auf Deutsch, Englisch, Spanisch haben Sie auf die 50 Prozent informell, prekär Beschäftigten in diesen Ländern verwiesen und an die Verantwortung des globalen Nordens appelliert, mit dem Hinweis: „Ungleichheit tötet“³. Was konkret heißt das?



SP: Die Corona-Krise zeigt sehr drastisch, was wir in der sozialpolitischen Forschung bereits seit Langem wissen: Gesundheitsprobleme wirken sozial nicht neutral. Angesichts der Gefahren der Pandemie und dem ungleichen Zugang zur Gesundheit kann dies massive, ja tödliche Folgen haben. Hinzu kommen die sozialen Probleme durch die – insgesamt wichtigen und richtigen – Einschränkungen. Viele Menschen haben weder Ersparnisse noch soziale Absicherung und können gerade kein Geld verdienen. Sie sind jetzt auf staatliche Soforthilfen angewiesen. Diese kommen bei weitem nicht überall an. Gerade in vielen Armenvierteln nimmt die soziale Not täglich zu und auch politisch ist die Situation explosiv.

WG: *Wie muss sich die internationale und regionale Politik jetzt aufstellen?*

Kolumbien und viele andere Länder der Welt werden die enormen Herausforderungen kaum alleine bewältigen können. Deshalb müssen wir uns überall auf der Welt verstärkt anstrengen, multilateral zusammenzuarbeiten. Dies gilt nicht nur für Europa, das gerade zu Beginn der Corona-Krise auf die Nationalstaatlichkeit zurückgefallen ist und in der EU-Performance kein gutes Bild hinterlassen hat. Hieraus gilt, es Lehren zu ziehen. Denn diese Krise könnte eine Wende sein: Abkehr vom Gestrigen, mit neuen Denkanstößen in die Zukunft schreitend, hin zu einer multilateralen Weltgemeinschaft von Nord und Süd. Für diese Multilateralität gibt's gute Voraussetzungen in Lateinamerika, mit vielerlei Bündnisformen zwischen den einzelnen Staaten, etwa Andengemeinschaft und Mercosur. Jetzt wäre die Zeit, diese Kooperationen mit frischem Geist zu füllen. Ebenso wie das Schlagwort von Ex-Präsident Santos nach Umsetzung verlangt, der bei der Verleihung des Friedensnobelpreises in Oslo Lateinamerika zur „Friedensregion“ ausrief. Das verlangt von den einzelnen Staaten natürlich auch eine entsprechende Innenpolitik.

WG: Was – außer der schnell durchgesetzten Quarantäne, mit dem Ergebnis bisher relativ niedriger Infektions- und Mortalitätsraten – müsste Kolumbien dafür tun?

SP: Die Rüstungsausgaben senken zugunsten größerer Geldflüsse für das Gesundheitssystem, zum Beispiel.

WG: Während Deutschland seit Wochen Freiheits- und Bürgerrechte debattiert, herrscht hier seit Dekretieren der „Quarantäne für das Leben“ eher diskursive Friedhofsruhe. Wie erklärt sich das?

SP: Mit ebendiesem, sehr labilen Gesundheitssystem, dass unter der Last höherer Infektionskurven schnell zusammenbräche. Um diese Schwäche wissen die meisten Kolumbianer und deshalb sind sie bisher eher zustimmend-schweigend der Maßnahme der Regierung gefolgt.



WG: Wo bleibt die Stimme der Zivilgesellschaft, also die der nicht politisch, wirtschaftlich oder religiös Organisierten, die ja so wichtig in allen Sozialprozessen ist.

SP: Die hat sich durchaus zu Wort gemeldet, etwa hier im Süden von Bogotá sowie anderen Landesteilen. Und zwar in Protesten darüber, dass versprochene finanzielle Hilfen und Nahrungsmittel in einigen verarmten Vierteln und Kommunen nicht angekommen waren, mit einer eindeutigen Botschaft an Regierung und Land: Der Hungertod ist keine Alternative zum Coronavirus-Tod.

WG: Soforthilfe für Bedürftige, die durchs staatliche Hilfsnetz fallen, ist ja auch der Grund für die DKF-Spendenaktion, mit deren Erlösen den Hungernden mit Essen sowie auch Geldgaben geholfen wird, besonders im schwer betroffenen Cali. Welche Auswirkungen hat die Corona-Krise auf den Friedensprozess in Kolumbien?

SP: Die Ermordung sozialer Aktivisten, die ein wichtiger Teil der kolumbianischen Zivilgesellschaft sind, geht bedauerlicherweise weiter. Im Schatten der Krise findet das leider weniger Beachtung als zuvor. Mit Stand 24. April sind seit Jahresbeginn

80 Kolumbianer getötet worden, darunter Schlüsselpersonen in ländlichen Entwicklungsprozessen wie Teodomiro Sotelo Anacona im Cauca.

WG: Das ist grausam und lässt bei Vielen Zweifel am Friedensvertrag aufkommen. Hat dieses Dilemma, auch aus CAPAZ-Sicht, eine Lösung?

SP: Mehr Autonomie, Selbstbestimmung, Partizipation und Beteiligung der Betroffenen. Ganz konkret: Gefährdete Personen haben Anspruch auf Personenschutz. Doch sollten den Gefährdeten ihre Beschützer nicht von übergeordneten Behörden zugewiesen werden. Diese wissen nichts von alten Feind- und Seilschaften und könnten in dieser Unwissenheit das Risiko sogar noch steigern. Der Gefährdete sollte sich seinen Schutz in dem Kreis von Menschen aussuchen dürfen, dem er vertraut.



WG: Schwerpunkt dieser Gewalt ist vor allem das ländliche Kolumbien. Dieses und das städtische Kolumbien sind mittlerweile ja fast zwei verschiedene Kontinente. Die entfernten Landregionen sind vielen Städtern hierzulande weniger geläufig als Miami oder New York. In den Bergen und Wäldern, weit weg von der Staatsmacht, herrschen eigene Gesetze, die der organisierten Kriminalität und Koka-Mafia, illegalem Bergbau und Abholzung, Paramilitärs und versprengten Revolutionären. Ist die Frage der Landverteilung, wie es oft heißt der Grund des sozialen Unfriedens in Kolumbien, überhaupt noch relevant?

SP: Zunächst einmal dürfen wir nicht vergessen, dass Kolumbien eines der Länder auf der Welt mit der ungleichsten, sprich asymmetrischsten Landverteilung ist. Gleichzeitig ist es Tatsache, dass mittlerweile fast 80 Prozent der Kolumbianer in Städten leben. Nichtsdestotrotz bleibt die Landfrage, nicht nur wegen der Gewalt, zentral.

WG: Was ist hier zu tun?

SP: Kolumbien ist nach wie vor ein Land mit ausgeprägter bäuerlicher Tradition und großen Agrarressourcen. Viele Kleinbauern mit wenig oder ohne Land verdingen sich als Tagelöhner auf den großen, oft unproduktiven Haziendas, wodurch wertvolles

bäuerliches Knowhow allmählich verloren geht. Das ist insgesamt eine enorme wirtschaftliche Verschwendung und ein kultureller Aderlass.

WG: Bei Reisen zur Atlantikküste fällt auf, dass man oft fast stundenlang an riesigen Ländereien vorbeifährt, auf denen nur ein paar Rinder weiden.

SP: Genau. Die ungleiche Landverteilung ist nicht nur ungerecht, gerade die extensive Viehzucht ist auch enorm unproduktiv und ließe sich mit Steuern wirtschaftlich und sozial dynamisieren. Das heißt, dass sich damit andere Anbauformen wie die Nahrungsmittelerzeugung lukrativ machen ließen. Manche Eigentümer, die viel Land heute noch als Machtstatus betrachten, würden dann verkaufen und Kleinbauern könnten endlich zu ihren Parzellen kommen.

WG: Noch mal zur Erinnerung: Wie ist die Landfrage im Friedensvertrag geregelt?

SP: Rückgabe des gewaltsam angeeigneten Landbesitzes an die rechtmäßigen Eigentümer. Einrichtung eines Landfonds. Verbesserung der ländlichen Infrastrukturen durch leichteren Zugang zu den Märkten und Verbesserung der sozialen Infrastruktur etwa Bildung.

WG: Was ja alles leider durch die Gewalt auf dem Lande, schwerfällige Gerichte und nachlässig geführte Grundbücher erschwert wird. Was passiert sonst noch im Friedensprozess?



SP: Ich möchte die Arbeit der Transitional Justice Institutionen, also der Sondergerichtsbarkeit für den Frieden (JEP), der Wahrheitskommission (CEV) und der Einheit zur Suche der Verschwunden (UBPD) herausstellen. Diese Themen sind nicht nur zentral, die Institutionen machen zudem trotz aller Schwierigkeiten einen richtig guten Job. Ein Beispiel: Die JEP hat kürzlich in Dabeiba, Antioquia ein Massengrab entdeckt, in dem „falsos positivos“ [Opfer von Armee-Massakern⁴] verscharrt waren. Die UPBD macht wichtige Fortschritte bei der Suche nach Verschwundenen, eine Arbeit von unschätzbarem Wert für die Familien und für das ganze Land. Die Wahrheitskommission ist sogar in Deutschland aktiv und sucht zusammen mit der Unterstützerguppe (Nodo Alemania) nach Zeugenaussagen von dorthin vor dem Bürgerkrieg Geflüchteten⁵. Seitens des CAPAZ unterstützen wir diese Arbeit mit Mitteln des Auswärtigen Amtes. Die Corona-Pandemie erschwert die

Arbeit jetzt allerdings, z.B. müssten ggf. vertrauliche persönliche Gespräch durch ein Videogespräch ersetzt werden. Das kann durchaus funktionieren, aber in anderen Fällen braucht es für die Aussagen auch einen direkten Kontakt. Gerade bei Opfern mit Traumata, wo psychosoziale Unterstützung benötigt wird. Also, insgesamt, es gibt Fortschritte, aber es ist noch einiges zu tun.

WG: Wobei der kolumbianische Staat bei der Quarantäne demonstriert hat, wie schnell und effizient er seine Politik durchsetzen kann, wenn er will.

SP: Der Staat könnte sich im Friedensprozess zweifellos stärker engagieren. Wobei es einfacher ist, eine Ausgangssperre als den Frieden zu dekretieren. Versöhnung per Anordnung geht nicht, die Gesellschaft muss sie leben, wenn es denn eine nachhaltige sein soll. Anders ausgedrückt: Der Frieden ist zu wichtig, um ihn dem Staat oder der Politik zu überlassen.

WG: Bei der Aufarbeitung der Vergangenheit arbeitet CAPAZ ja auch mit der Deutschen Schule Medellín DSM zusammen, worüber Rektorin Anke Käding im DKF Corona-Spenden-Blog ausführlich berichtete.



SP: DSM ist ein wichtiger Partner und das Projekt ist wirklich großartig. Vor allem beeindruckt mich, dass die Initiative von den Schülerinnen und Schülern ausging. Das schafft natürlich noch einmal eine ganz andere Motivation. Allerdings darf man eines nicht vergessen. Die Aufarbeitung der Nazi-Vergangenheit in Deutschland kann für Kolumbien keine Patentlösung sein. Dafür sind die Unterschiede viel zu groß. Dennoch: Das deutsche Beispiel zeigt, dass die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit schwierig ist und nach viel Unbequemem fragt, vor allem aber, dass eine Gesellschaft hieraus gestärkt hervorgeht. Außerdem: Die wichtige Rolle der politischen Bildung. Das heißt wir müssen den Bürgerkrieg in allen Schulen thematisieren. Dabei arbeiten wir mit der Tageszeitung „El Espectador“ und der Pädagogischen Universität zusammen. Das Thema polarisiert das Land weiterhin sehr stark. Diese Kontroverse müssen wir zulassen, ihr Raum geben, unterschiedliche Argumente dazu hören, die Interessen dahinter verstehen lernen, aber auch zeigen, dass Versöhnung möglich ist.

WG: Könnte der DKF mit vielen wichtigen Kontakten in Gesellschaft und Politik hüben und drüben nicht auch ein Partner sein?

SP: Warum nicht, im September bin ich – so Cornona will – in Deutschland, dann könnten wir darüber gemeinsam sprechen.

WG: *Im Resümee, auf einer Skala von eins bis zehn, wo verorten Sie derzeit den Frieden in Kolumbien?*

SP: Bei 4,5.

WG: *Vielen Dank, Herr Peters, für eine Stunde Ihrer wichtigen Zeit. Sagen Sie uns bitte abschließend noch, was Sie augenblicklich am meisten in Kolumbien vermissen.*

SP: Nach mittlerweile fast fünf Wochen Quarantäne mal wieder in einem Park oder sonntags auf der Septima richtig laufen zu gehen.

- 1) <https://www.semana.com/opinion/articulo/pensar-fuera-de-la-caja-columna-de-stefan-peters/661005>
- 2) <https://www.instituto-capaz.org/en/>
- 3) <https://www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/detail/ungleichheit-toetet-4191/>
- 4) https://es.wikipedia.org/wiki/Falsos_positivos_en_Colombia
- 5) <https://comisionverdadcol-eu.org/>

Fotos (von oben nach unten):

Prof. Peters und Bundespräsident Steinmeier, Besuch beim CAPAZ am 12.2.2019
© Luis Enrique Sierra/CAPAZ

Prof. Peters und Studierende des binationalen MA-Studiengangs in Friedensforschung (Universidad El Rosario, Colombia + KU Eichstätt-Ingolstadt). Besuch beim CAPAZ am 13.9.2019
© Claudia Maya/CAPAZ

Veranstaltung am 19./20.09.2019 in Ibagué: CAPAZ, UNO Colombia, Universitäten Ibagué und Tolima mit zivilgesellschaftlichen Organisationen in Tolima. Am Ende fand ein Spiel mit den Beteiligten statt.
© Héctor Latorre/ONU Colombia

Prof. Peters und Bundesaußenminister Heiko Maas, Besuch beim CAPAZ am 30.4.2019
© Luis Enrique Sierra/CAPAZ

CAPAZ-Zentrale in Claustro/Kreuzgang San Agustín, Bogotá
© WCG